



Wohnraummanagement im Landkreis Osnabrück

Konzept für eine datenbasierte Steuerung und
Koordination der Flüchtlingsunterbringung

Herausforderungen

- **Große Anzahl Flüchtlingszuweisungen in kurzer Zeit**
(Dez 15 – Mrz 16: angekündigt 2.043 Personen)
- **Zuweisung erfolgt direkt in kreisangehörige Kommunen**
(Landkreis hatte nur bedingt Kenntnis über Erfüllung der Zuweisungsquote in den einzelnen Kommunen)
- **Unterbringung von Flüchtlingen ist Aufgabe der 21 kreisangehörigen Kommunen**
(Landkreis Osnabrück hat schon vor Jahren seine Kommunen per Satzung für die Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen)

Herausforderungen

- Landkreis Osnabrück benötigt Informationen über Art und Anzahl der Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in den Kommunen, um steuernd und koordinierend tätig werden zu können
- Interkommunale Zusammenarbeit ist im Bedarfsfall notwendig und erfordert Rahmenbedingungen
(Notwendigkeit von Zwischenunterkünften? Erforderlichkeit, zugewiesene Personen in andere Kommunen „umzulenken“?, ...)

=> vielfältige Informationsbündelung und -auswertung,
Koordination und Steuerung durch Landkreis Osnabrück

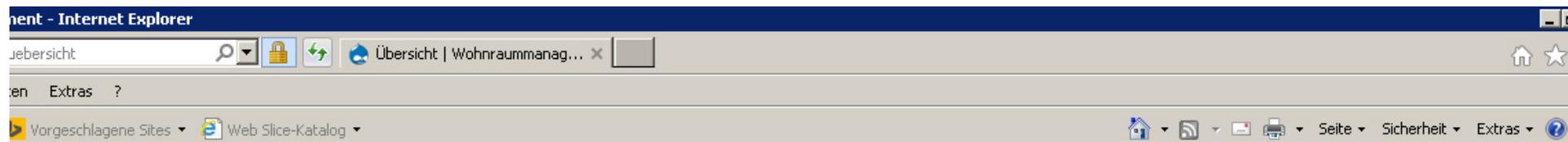
Lösung

- Schaffung einer interkommunalen Plattform, in der tagesaktuell die wesentlichen Informationen aller kreisangehörigen Kommunen abrufbar sind
- => intranetbasiertes interkommunales Wohnraummanagement (WRM) mit folgenden Informationen pro Kommune:

Inhalte Wohnraummanagement

- Anzahl Flüchtlingszuweisungen
- Anzahl der Personen, für die voraussichtlich noch eine Anrechnung auf die Quote erfolgen wird (z.B. nachgeborene Kinder)
- Art der bisher erfolgten Unterbringungen (dezentral/Gemeinschaftsunterkunft)
- Anzahl und Art der sofort zur Verfügung stehenden sowie in Aussicht stehenden Wohn- und Unterbringungsmöglichkeiten (dezentral/Gemeinschaftsunterkunft)
- Lage-Einschätzung der Kommune (ausreichend / kritisch)

Wohnraummanagement im Intranet



Übersicht

Alle Zahlenangaben sind Personenzahlen

Kommune	vom Land ausgesprochene Zuweisungen (1)	davon Ankünfte vor Ort (2)	keine Quoten-anrechnung (3)	mögliche Quoten-anrechnung (4)	zu erfüllen (5)	in Gemeinschafts-Unterkünften (6)	dezentral untergebracht (7)	verfügbar in Gemeinschafts-Unterkünften (8)	verfügbar dezentral (9)	in Aussicht, Gemeinschafts-unterkünfte (10)	In Aussicht, dezentral (11)	Einschätzung der Lage (12)
	88	88	0	2	41	0	88	0	18	0	19	ausreichend
	69	0	0		27	18	51	52	25	0	1	ausreichend
	33	29	10		26	0	29	0	0	0	4	kritisch
	31	31	0	4	21	0	35	0	0	0	0	ausreichend
	42	34	0		13	0	34	0	18	0	2	kritisch
	46	46	0		35	0	46	0	18		10	ausreichend
	151	151	3		25	0	151		47	0	8	ausreichend
	25	25	3		32	0	25	0	0	40	13	ausreichend
	82		6		-4	13	69	1	58	0	0	ausreichend
	0				0							ausreichend
	32	32	7	1	20	0	40	0	1	0	19	ausreichend
	74	63	7	7	-7	22	41	0	69	0	0	ausreichend
	98	98	0	3	138	31	70	0	20	40	5	kritisch
	17	17	0		18	0	17	0	0	0	18	ausreichend
	71	71	1		-1	0	72	4	3	0	26	ausreichend
	55	55	4		19	45	10	6	0	37	2	ausreichend
	45	27	1		27	0	28	0	9	0	17	ausreichend
	142	110	0		196	62	80	16	14	227	113	ausreichend
	75	75	0	1	8	0	75	0	2			ausreichend
	32	26	0	2	39	0	28	0	30	0	25	ausreichend
	119	114	2		43	39	76	5	53	28	0	ausreichend

(1) vom Land ausgesprochene Zuweisungen

Anzahl der Personen die laut Zuweisungsbescheid des Landes der Kommune zugeordnet werden

Steuerung und Koordination

- Kontinuierliche Auswertung der Eingaben als datenbasierte Grundlage für weitere strategische und operative Entscheidungen des Landkreises Osnabrück und aller kreisangehöriger Kommunen
- Regelmäßiger Austausch zwischen Landkreis und allen Kommunen zur bedarfsgerechten Schaffung neuen Wohnraums bzw. neuer Unterbringungsmöglichkeiten
- Möglichkeit des Landkreises durch den Gesamtüberblick im Bedarfsfall steuernd einzugreifen

Kontinuierliche Auswertung

Kommune	Quote		verfügbarer Wohnraum				Summe	Bedarf fehlender Wohnraum Personen	Einschätzung der Kommune
	bish. Zuwei- sungen	noch zu erfüllende Quote seit 4.12.	verfügbar		in Aussicht				
			Gem. schafts- Unterkunft	dezentral	Gem. schafts- unterkunft	dezentral	gesamt Personen		
	142	196	16	14	227	113	370	-174	ausreichend
	74	-7	0	69	0	0	69	-69	ausreichend
	82	-4	1	58	0	0	59	-59	ausreichend
	69	27	52	25	0	1	78	-51	ausreichend
	119	43	5	53	28	0	86	-43	ausreichend
	71	-1	4	3	0	26	33	-33	ausreichend
	151	25		47	0	8	55	-30	ausreichend
	55	19	6	0	37	2	45	-26	ausreichend
	25	32	0	0	40	13	53	-21	ausreichend
	32	39	0	30	0	25	55	-16	ausreichend
	42	13	0	18	0	2	20	-7	kritisch
	32	20	0	1	0	19	20	0	ausreichend
	17	18	0	0	0	18	18	0	ausreichend
	45	27	0	9	0	17	26	1	ausreichend
	88	41	0	18	0	19	37	4	ausreichend
	75	8	0	2			2	6	ausreichend
	46	35	0	18		10	28	7	ausreichend
	31	21	0	0	0	0	0	21	ausreichend
	33	26	0	0	0	4	4	22	kritisch
	98	138	0	20	40	5	65	73	kritisch
	0	0					0		ausreichend
Gesamt	1327	716	84	385	372	282	1123	-407	
benötigter Wohnraum bis Ende Juli 2016 (Pers.)							716		
davon sofort verfügbar (Personen)							469		
in Aussicht stehender Wohnraum (Personen)							654		
aktuelle Gesamtverfügbarkeit (Personen)							1123		
fehlender Wohnraum (Personen)							-407		

Rahmenbedingungen

- Vorhandenes Intranet unter Einbindung aller Kommunen
- Agreement aller Akteure (Landkreis, alle Kommunen) auf Vorgehensweise
(Bürgermeisterkonferenz, Task-Force-Flüchtlinge des Landkreises mit ständiger gemeindlicher Beteiligung)
- Verständigung der Kommunen auf interkommunale Zusammenarbeit bei der Unterbringung von Flüchtlingen
(Kommunen mit Wohnkapazitäten helfen im Bedarfsfall anderen Kommunen, die Zuweisungen erhalten und kurzfristig keine Unterbringung realisieren können)
- Kontinuierliche Offenlegung der Wohnraumkapazitäten aller Beteiligter im intranetbasierten Wohnraummanagement

Mögliche Hemmnisse

- unregelmäßige Aktualisierungen der Kommunen geben kein tagesaktuelles Bild der Situation
(insbesondere in der Startphase erfolgte eine unregelmäßige Nutzung des WRM)
- Kommunen schätzen Aufwand höher ein als eigenen Nutzen
(die Einführung erforderte in der Startphase einen hohen Grad an Kommunikation auf Arbeitsebene um allen Beteiligten den Nutzen deutlich zu machen)

Zusatznutzen

- Informationen des WRM können ad hoc für weitere Zwecke genutzt werden
(z.B. bei Presseanfragen)

Perspektive

- Klärung der Rahmenbedingungen bei Unterbringung in Kommunen, die nicht Zuweisungskommune sind
 - a) Änderung der Zuweisung beim Land anstreben und/oder
 - b) zunächst vorübergehende Unterbringung in anderer Kommune als Zuweisungskommune zulassen
(ausländerrechtliche Fragestellungen, Klärung Zuständigkeiten für Leistungen nach AsylbLG, Klärung zuständiger Institutionen für Kita- und Schulbesuch)



Bei Rückfragen